Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 13. Amt Aue 21. Schwarzenberg 13.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels

Nr. 180. | Dienstag, den 7. August 1906. | 59. Jahrgang

Bekanntmachung.

Verkauf von Reichsstempelwertzeichen betreffend.

Im Anschlusse an die Bekanntmachung des Königlichen Finanzministeriums, die Ausführung des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juni 1906 betreffend, vom 20. Juli lfd. Js. wird bekannt gemacht, daß mit dem Verkaufe von Vordrucken zu Schlußnoten, mit der Abstempelung von Privatvordrucken zu Schlußnoten und von Vertragsurkunden über reichsstempelpflichtige Anschaffungsgeschäfte (§ 18 des Gesetzes) sowie mit dem Verkaufe von Schlußnoten-, Frachturkunden- und Personenfahrkartenstempelmarken und mit dem Umtausche unbeschädigter, amtlich gestempelter Vordrucke zu Schlußnoten und unbeschädigter Reichsstempelwertzeichen (§ 129 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats) neben den in Ziffer 2 der bezeichneten Bekanntmachung angeführten Hauptzollämtern mit Wirkung vom 1. Juli lfd. Js. ab beauftragt worden sind:

die Steuerämter Crimmitschau, Döbeln, Frankenberg, Glauchau, Kamenz, Limbach, Löbau, Meerane, Mittweida, Reichenbach, Riesa und Wurzen,
die Nebenzollämter I Klingenthal und Schöna,
die Unterbeneräm̈ter Aue, Burgstädt, Oelsnitz i. V., Schneeberg, Werdau und Wollenstein sowie
das Nebenzollamt II Unterwiesenthal.

Dresden, am 2. August 1906.

Königliche Zoll- und Steuerdirektion.

Im Laufe des Monats Juli 1906 sind verpflichtet worden:

Herr Kalkwerksbesitzer Max **Hetzler** als I. Gemeinde-Aeltester für Raschau,
Herr Gemeindevorstand **Herrmann** in Bockau als stellvertretender Standesbeamter für den zusammengesetzten Standesamtsbezirk Bockau und
Herr Unfallrentner Karl Adolph **Hilbert** in Pöhla als Totenbettmeister für die Parochie Grünstädtel.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 31. Juli 1906.

Folgende im Grundbuche für Mittweida auf den Namen der Anna Bertha verehel. **Görner** geb. Röthe in Mittweida eingetragene Grundstücke sollen

am 22. September 1906, Nachmittags 1/4 4 Uhr

im Gasthof zum Goldenen Hahn in Mittweida-Markersbach im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 38, nach dem Flurbuche — Hektar 11,4 Ar groß, auf 11150 ℳ — ₰ geschätzt, besteht aus den Flurstücken Nr. 105, 109 und 110, umfaßt ein Wohngebäude, das zur Bäckerei eingerichtet ist, 1 Scheune und Garten, der angrenzt, sowie Garten, der jenseits des Dorfbaches liegt, ist im Brandkataster unter Nr. 36 eingetragen und liegt an der fiskalischen Annabergerstraße

2. Blatt 131, nach dem Flurbuche 1 Hektar 66 Ar groß, auf 1500 ℳ — ₰ geschätzt, besteht aus dem Flurstücke Nr. 449, ist Feld, liegt etwas entfernt von den Wirtschaftsgebäuden, lehnig, auf der Sommerseite und ist bestellt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 6. Juli 1906 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Schwarzenberg, den 3. August 1906. **Königliches Amtsgericht.**

Grünhain. Auf vielseitigem Wunsch wird **Mittwoch, den 8. August 1906, abends 8 Uhr, im Ratskellersaale** eine **öffentliche Einwohnerversammlung** abgehalten werden, in welcher der Bauleiter der hiesigen Gasfabrik, Herr Ingenieur Zehl, über die Kosten der Hausanschlüsse an die Gasleitung und über die Gaspreise usw. eingehend Bericht zu erstatten, erwünschte Auskünfte zu erteilen, auch zur Ausfüllung der den Hausbesitzern zugestellten diesbezügl. Fragebogen Anweisung zu geben sich bereit gefunden hat.

Interessenten, insbesondere **alle Hausbesitzer** werden zur Teilnahme an dieser Versammlung aufgefordert.

Grünhain, den 4. August 1906. **Der Bürgermeister.** J. V.: Edelmann.

Nr. 40 des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist erschienen und liegt in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Inhalt: Allerhöchster Erlaß, betr. Abänderungen der Verordnung vom 13. Juli 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 921) zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. S. 855. Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. S. 856.

Die Stadträte von Aue, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtshauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

Wochenschau.

Schneeberg, den 5. August 1906.

In gewissen französischen Kreisen macht sich seit einiger Zeit eine handelspolitische Bewegung bemerkbar, die ihre Spitze gegen Deutschland richtet. Für eine ganze Reihe deutscher Fabrikate werden Zollerhöhungen beantragt, und teilweise haben diese Anträge auch Aussicht, demnächst verwirklicht zu werden. Der Regierung, die meistens auf seiten der Antragsteller steht, scheinen derartige Anregungen durchaus in ihr Programm zu passen. Es hat fast den Anschein, als wolle man auf diese Weise Rache üben für Deutschlands Verhalten in der Marokko-Angelegenheit. Auf dem Papier werden die Zoll-Anträge natürlich mit dem Hinweise auf den angeblichen Schaden begründet, den der französische Handel durch den neuen deutschen Zoll auf erleidet. Die Regierung veranstaltet Erhebungen über die Wirkungen dieses Tarifes, und so haben die Industriellen-Verbände und sonstige Interessenten die beste Gelegenheit, durch ihre Fachpresse gegen das deutsche Zollsystem loszuziehen und Zollerhöhungen gegen Deutschland zu verlangen, die in Wirklichkeit dazu dienen sollen, sie nicht nur gegen die deutsche, sondern gegen jede ausländische Konkurrenz auf dem französischen Markt sicher zu stellen. Es gehört schon eine echt französische Phantasie dazu, um von einem für Frankreich nachteiligen Handels-Verhältnis zu reden. Deutschland ist nächst England der beste Kunde Frankreichs, und daran wird sich auch unter dem neuen deutschen Zolltarif nichts Wesentliches ändern. Denn der deutsche Eingangszoll hat sich nur für verhältnismäßig wenig französische Artikel erhöht, und wo eine solche Erhöhung eingetreten ist, waren Gründe allgemeiner Natur dafür entscheidend. Andererseits nimmt Frankreich an den Vergünstigungen unseres neuen Vertrags-Tarifs ebenso teil, wie es an den Vergünstigungen unseres früheren Vertrags-Tarifs teilgenommen hat, was insbesondere für die Einfuhr von französischem Wein von großem Vorteil ist. Es ist daher absolut unberechtigt, zu behaupten, daß Frankreich durch unseren neuen Tarif besonders geschädigt sei.

Das englische Parlament ist mit Ablauf der Woche nun endlich auch in die Sommerferien gegangen. Die liberal-radikale Regierung kann mit dem Verlauf der ersten Session zufrieden sein, das Kabinett geht aus derselben völlig ungeschwächt hervor. Allerdings waren die mitunter so heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition im wesentlichen nur Scheingefechte. So kämpfte bei den Vorlagen über die Ermäßigungen beim Heeres- und Marinebudget der offene mit dem versteckten Imperialismus. Denn was die Herabminderung der Heeresziffer betrifft, so ist auch von der Regierung zugegeben worden, daß es sich hierbei nur um diejenige Zahl handelt, um welche der tatsächliche Stand der regulären Truppe bisher durchschnittlich gegenüber dem etatsmäßigen Ansatze zurückgeblieben war; auch konnte der Kriegsminister versichern, daß er den Gefechtswert des Heeres durch Ausbildung der irregulären Truppen sogar um volle 50 Prozent steigern würde. In bezug auf die Marine ist aber ebenfalls nicht nur keine Herabminderung des Gefechtswertes der Kriegsschiffe gegenüber dem ursprünglichen Flottenbauprogramm, sondern eher eine Erhöhung desselben eingetreten. Es werden nach den Beschlüssen des Parlaments zwar einige Panzerkreuzer, Torpedobootszerstörer und Unterseeboote weniger dafür aber zwei Linienschiffe von der Dreadnought-Klasse mehr gebaut, was eine so bedeutende Steigerung der maritimen Ueberlegenheit Englands bedeutet, daß andere Nationen Jahre dazu brauchen werden, um auch nur das gegenwärtige Verhältnis ihrer maritimen Rüstung zu derjenigen Englands zu erreichen. Die geradezu verrückte Angst vor deutschen „Überraschungen", die im Unterhause bei der Armee- und Marinedebatte wiederholt zutage getreten war, machte sich schließlich auch noch geltend, als die Regierung ihre Pläne hinsichtlich der Gewährung einer Verfassung an das Transvaal bekannt gab, indem einer der Redner eine Invasion der deutschen Schutztruppe in Transvaal zur Befreiung der Boeren als im Bereiche der Möglichkeit hinstellte. Selbstverständlich sollte dieses Hirngespinst die Regierung vor dem angeblich zu weiten Entgegenkommen gegenüber der Boerenbevölkerung warnen. Dabei hatte der Vertreter der Regierung schon vorher ausdrücklich festgestellt, daß das englische Element „sich durch Ausübung der Wahl die Mehrheit sichern könne," d. h. daß die Boerenbevölkerung in dem zukünftigen Parlament von vornherein in die Minderheit gedrängt sein würde.

Das Wort vom Weltenwinkel Europas hat seine Geltung noch immer nicht eingebüßt. Heute sind es vor allem die Griechen, die ihre Machtsphäre auszudehnen versuchen. Aber was sie unternehmen, entspringt nicht dem gesunden Expansionstrieb, der der überschüssigen Kraft innewohnt, sondern der nervösen Angst jemandes, der seinen Einfluß schwinden sieht und nun in fieberhafter Hast dem Schicksal abzutrotzen sucht, was seinem Hinken doch immer mehr entgleitet. Griechenland möchte sich Mazedoniens entledigen. Das ist sein großgriechischer Traum. Darüber ist es mit Rumänien in Konflikt gekommen, das sich der rumänischen Kutzowalachen in Mazedonien annimmt. Der durch die griechischen Ansprüche hervorgerufene politische und nationale Gegensatz ist auch die Ursache der jüngsten griechenfeindlichen Exzesse in Bulgarien. Noch hat der griechische Einfluß im Zentrum Mazedoniens die Oberhand auch über die dortigen Bulgaren, aber er ist im Rückgang. Die großgriechische Idee findet keinen rechten Widerhall mehr, dagegen wird die Sprache der bulgarischen Regierung gegenüber der griechischen Treibereien täglich eine gereiztere, und bereits ist es in den letzten Tagen zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Griechen und Bulgaren gekommen.

In Rußland haben die revolutionären Putsche in der Armee und Marine, die seit dem unrühmlichen Ende des russisch-japanischen Krieges dort an der Tagesordnung sind, in der jüngsten Zeit wieder einen Umfang angenommen, der angesichts der politischen Gärung, in der sich das Reich nach Auflösung der Reichsduma befindet, zu ernsten Befürchtungen Anlaß gibt. Aus dem fast gleichzeitigen Ausbruch der Meutereien in Sweaborg, Kronstadt und Reval läßt sich die Besorgnis schöpfen, daß die Putsche nur Teilerscheinungen einer allgemeinen Militärverschwörung sind, die zunächst und vielleicht vorzeitig in den russischen Kriegshäfen zum Ausbruch gekommen ist. Die Unruhen im Heere und in der Flotte sind anscheinend in erster Linie auf die Propaganda der sozialistisch-revolutionären Parteien Rußlands zurückzuführen; es ist jedenfalls auch diesmal kein bloßer Zufall, daß den Meutereien in den Ostseefestungen die Verbreitung des Aufrufs vorangegangen ist, den die Arbeitsgruppe und die Sozialdemokraten der aufgelösten Reichsduma ans Volk gerichtet haben. In diesem Aufrufe werden die Soldaten aufgefordert, falls sie gegen ihre „Land und Freiheit" verlangenden „Brüder" geführt werden, nicht zu schießen, der ungesetzlichen Regierung nicht zu gehorchen, sich ihr vielmehr tätig zu widersetzen und das russische Volk von der „verräterischen Regierung zu befreien, die mit den Kaisern von Österreich und Deutschland unterhandele, um deutsche Truppen ins Land zu führen." Inzwischen gibt sich der Ministerpräsident Stolypin alle erdenkliche Mühe, um das gegenüber der jetzigen Regierung im Volke herrschende Vorurteil zu beseitigen. Einerseits läßt er eine ganze Reihe von Reformentwürfen — unter diesen als wichtigsten den Entwurf der Agrarreform, denen die an das Kadettenprogramm nahe herantretenden Kutlerschen Vorschläge zur Grundlage dienen sollen — ausarbeiten, um diese der im März nächsten Jahres zusammentretenden neuen Duma unterbreiten zu können. Andererseits hat er sich alsbald mit den hervorragendsten Persönlichkeiten unter den gemäßigten Elementen der verflossenen Reichsduma zur Uebernahme von Ministerportefeuilles in Verbindung gesetzt. Stolypin will durch Besetzung einiger Ministerposten mit Nichtbureaukraten dem so oft ausgesprochenen Wunsche der ehemaligen Dumamehrheit entsprechen und sich gleichzeitig in der künftigen Reichsduma einen parlamentarischen Halt verschaffen. Die Verhandlungen mit den Herren Gutschkow, Graf P. N. Lwow und Graf Heyden